



Forschungsstelle für Menschenrechte

Die als Konsequenz aus dem Thüringer NSU-Untersuchungsausschuss der vergangenen Legislatur geforderte und in den Koalitionsvertrag aufgenommene Dokumentationsstelle für Menschenrechte, Grundrechte und Demokratie nimmt konkrete Züge an. Die Amadeu Antonio Stiftung hat sich als Träger für das Projekt beworben. Als eine bundesweit aktive und international vernetzte Stiftung will sie die Einrichtung einer unabhängigen Dokumentations- und Forschungsstelle gegen Menschenfeindlichkeit in Thüringen unterstützen und vorantreiben. Die Amadeu Antonio Stiftung begrüßte es, dass gerade das Bundesland Thüringen, in dem der rechtsterroristische NSU entstanden ist, nun eine Vorreiterrolle einnimmt.

Die LINKE-Abgeordnete Katharina König, Mitglied auch im jetzigen NSU-Untersuchungsausschuss des Landtags, verwies auf die detaillierte Arbeit dort, bei der sich gezeigt habe, dass eine kontinuierliche Analyse rechtsextremer Aktivitäten und Strukturen eine wichtige Voraussetzung zur frühzeitigen Abwehr von Angriffen auf die Demokratie und die offene Gesellschaft ist.

Die beiden Strukturprojekte des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit, mobit (Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus) und ezra (Beratungsstelle für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen) äußerten sich ebenfalls positiv. ■

Zur kommunalen Demokratie der beste Gesetzentwurf

„Die Koalitionsfraktionen im Landtag haben mit ihrem Gesetzentwurf zum Ausbau der direkten Demokratie in Thüringer Kommunen bei der Anhörung des Innenausschusses am 12. Mai breite Unterstützung gefunden“, so Anja Müller, Sprecherin für Bürgerbeteiligung der Linksfraktion. Mehrere Anzuhörende – besonders mit bundesweiten Erfahrungen, wie Prof. Theo Schiller aus Marburg – betonten, dass der Gesetzentwurf der modernste und beste ist, den es derzeit zur direkten kommunalen Demokratie in Deutschland gibt.

In seiner Stellungnahme unterstrich der Bürgerbeauftragte des Freistaates Thüringen, Dr. Kurt Herzberg, das Ziel des Gesetzentwurfs, die Stärkung des Dialogs zwischen Mandatsträgern und Bevölkerung, „dieses Ziel ist aus meiner Sicht uneingeschränkt zu begrüßen“. Insbesondere die Einführung des Alternativvorschlags biete eine geeignete Grundlage, im Entscheidungsprozess den konstruktiven Dialog zu führen. Auch die Ermöglichung von Bürgerbegehren in Ortsteilen und Ortschaften fand seine Zustimmung.

Ralf-Uwe Beck, Sprecher des Thüringer Landesverbandes von Mehr Demokratie e.V., hatte mit Blick auf die Abwahl eines Bürgermeisters darauf hingewiesen, dass neben der bereits jetzt schon über ein Bürgerbegehren bestehenden Möglichkeit, die Abwahl eines Bürgermeisters oder Landrates zu beantragen, „nunmehr

auch denen dieses Recht zugestanden werden soll, die ihren Bürgermeister oder Landrat direkt gewählt haben, den Bürgerinnen und Bürgern“. Und was die Einführung eines Ratsbegehrens betreffe, mit dem der Gemeinderat den Bürgern einen Beschluss zur endgültigen Entscheidung per Bürgerentscheid vorlegen kann, so hätten sich in Thüringen bereits 2013 über 100 Gemeinde- und Stadträte sowie Mitglieder von Kreistagen dafür ausgesprochen. „Da es bisher die Möglichkeit nicht gab, haben Stadträte ersatzweise Befragungen angesetzt, um den Bürgerwillen zu ergründen. Nur sind diese Befragungen eben nicht verbindlich“, heißt es in der Stellungnahme des Mehr-Demokratie-Landesverbandes.

Ein äußerst zukunftsweisendes, sehr gut anwendbares Gesetz

Übrigens erklärte der Schwesterverband von Mehr Demokratie e.V. aus Bayern: „In der Gesamtschau handelt es sich (...) um ein äußerst zukunftsweisendes und sehr gut anwendbares Gesetz.“ Und obwohl die Regelungen für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide in Bayern ebenfalls sehr gut seien, weise der Thüringer Entwurf eine ganze Reihe von Punkten auf, die „die direkte Demokratie in Bayern ein gutes Stück weiterent-

wickeln“ würden und „nicht zuletzt dringend nötig“ seien.

Auch aus dem Staatsministerium Baden-Württemberg kam für die Anhörung Ermutigendes: „Grundsätzlich ist die Absicht, die Regelungen für Bürgerentscheide auf allen kommunalen Ebenen und für Einwohner-



anträge in einem einzelnen Gesetz zu fixieren, positiv zu bewerten. Dies erleichtert die Anwendung und fixiert deutlich die Regelungen mit den einzelnen Verfahrensschritten, auch in ihren Details.“

Dr. Volker Mittendorf vom Institut für Partizipations- und Demokratieforschung der Uni Wuppertal erklärte, der Gesetzentwurf senke die Anzahl der missverständlichen Regelungen auf ein Minimum. „Alle jetzt zugelassenen Materien sind jeweils mindestens in einem Bundesland zulässig, ohne dass es bisher (...) zu Problemen bei der ordentlichen Geschäftsführung der Kommunen gekommen wäre (...) Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf wird erstmals eine Entschädigungsregelung festgelegt, mit der es auch ressourcenschwachen Initiativen ermöglicht wird, ihre Interessen wirksam öffentlich zu thematisieren.“ ■

Prüfbericht bestätigt Reformbedarf

Der CDU sei offenbar jedes Mittel recht, um die Beibehaltung der jetzigen Landkreisstruktur zu begründen, selbst die Fehlinterpretation von Prüfberichten des Landesrechnungshofs, so MdL Frank Kuschel. Dieser hatte jetzt die Finanzkraft der Landkreise geprüft und darauf hingewiesen, dass 16 der 17 Thüringer Landkreise zum Teil erheblich die Kreisumlagen erhöht haben. „Die steigenden Ausgaben der Landkreise finanzieren somit fast ausschließlich die kreisangehörigen Gemeinden und das Land“, sagte der LINKE-Kommunalexperte. Die steigenden Kreisumlagen schränken zudem die Handlungsmöglichkeiten der Städte und Gemeinden ein, weil denen das Geld fehle. Die Landkreise seien aufgrund

der abgelaufenen CDU-geführten Regierungspolitik zu einer reinen Verwaltungsebene geworden. Nur noch rund ein Prozent der Landkreisaufgaben betreffen so genannte freiwillige Aufgaben. Doch gerade diese seien Kennzeichen von Selbstverwaltung.

„Zu Recht mahnt der Rechnungshof Ausgabenoptimierungen bei den Landkreisen an. Dies geht nur durch strukturelle Veränderungen. Richtig ist auch der Hinweis, dass in den nächsten Jahren fast ein Viertel der Beschäftigten altersbedingt ausscheidet. Deshalb will Rot-Rot-Grün im Rahmen der anstehenden Verwaltungs- und Gebietsreform die Kreisverwaltungen attraktiver für junge Fachkräfte machen“, betonte Frank Kuschel. ■



Tag der offenen Tür

Auch in diesem Jahr begrüßt die Linksfraktion mit ihrem Informationsstand gegenüber dem Haupteingang des Thüringer Landtags Besucher des Tages der offenen Tür am Sonntag, den 11. Juni, von 10 bis 17 Uhr. Im Käte-Duncker-Saal, dem Fraktionssitzungsraum der LINKEN, Funktionsgebäude F 201, kann man bei Kaffee und Kuchen mit Abgeordneten und Mitarbeitern der Fraktion ins Gespräch kommen. Fraktionsübergreifende Politikrunden finden vor allem im Plenarsaal statt, so heißt es hier um 14.00 Uhr: „Landtag im Dialog – Bürger fragen, Politiker antworten“, Talkrunde der Fraktionsvorsitzenden mit Susanne Hennig-Wellsow, Chefin der Fraktion DIE LINKE. ■

Auf die Hassreden folgten Anschlagdrohungen

Keine Ausnahmen vom Mindestlohn

Die Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts, dass Sonderzahlungen beim Mindestlohn anrechenbar sind, sieht Ina Leukefeld, grundsätzlich kritisch. „Das Urteil ist enttäuschend. Damit wird das Prinzip, dass jede Arbeitszeitstunde mindestens 8,50 Euro wert sein sollte, unterlaufen. Hier wird eine Sonderzahlung benutzt, um den Lohn aufzubessern oder geleistete Arbeitszeitstunden zu finanzieren. Das ist niemals im Sinne des Mindestlohngesetzes“, so die Abgeordnete.

Es müsse zügig zu einer Einigung der Tarifparteien kommen, „den Mindestlohn zum schnellstmöglichen Zeitpunkt so anzuheben, dass er armutsfest wird, das heißt, mindestens auf zwölf Euro. Die vorgesehene und diskutierte Erhöhung um 35 Cent ist ein Witz. Eine spürbare Erhöhung des Mindestlohns ist schon deshalb erforderlich, um Altersarmut zu verhindern, wie kürzlich die Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der LINKE-Bundestagsfraktion geantwortet hat. Dort war von 11,68 Euro die Rede, damit Menschen nach 45 Arbeitsjahren nicht in die Grundsicherung im Alter fallen. Es ist endlich an der Zeit, diejenigen, die Werte schaffen und Leistungen tatsächlich erbringen, so angemessen am Ergebnis zu beteiligen, dass die Schere zwischen Arm und Reich nicht weiter auseinandergeht“.

Außerdem bleibt DIE LINKE bei ihrer Forderung, alle Ausnahmen vom Mindestlohn, wie bei Langzeitarbeitslosen im 1. Halbjahr einer Arbeitsvermittlung oder bei Praktikanten, abzuschaffen. Auch das Vorhaben der Bundesregierung, Ein-Euro-Jobs für ausländische Arbeitskräfte zu schaffen und zu finanzieren, sei deshalb falsch, so Ina Leukefeld. ■

Nachdem die AfD am 18. Mai ihre Aktuelle Stunde in der Landtags-sitzung - Titel: „Moscheebauten in Thüringen - Nicht gegen den Bürgerwillen!“ - und eine Kundgebung auf dem Erfurter Domplatz genutzt hatte, um Stimmung gegen den geplanten Moschee-Bau und den Verfassungsschutz der Religionsfreiheit zu machen, kursierten und kursieren zahlreiche Hasskommentare im Internet. Abgeordnete der Koalition haben in einem konkreten Fall Strafanzeige erstattet.

„Wenn noch am gleichen Tag dieser AfD-Hetze im Thüringer Landtag ein junger Erfurter konkrete Brandanschlagsdrohungen in einem Internetvideo veröffentlicht, dann geht die Demagogie der AfD auf und trägt ihre Früchte, noch bevor überhaupt ein Bauantrag gestellt wurde. Wir widersetzen uns diesen menschenverachtenden Aufrufen zur Gewalt und haben deswegen Strafanzeige erstattet“, so die Abgeordneten Katharina König, Fraktion DIE LINKE, und Astrid Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, in einer am 19. Mai verbreiteten Erklärung.

Die beiden Abgeordneten verweisen auf ein am Vortag veröffentlichtes siebenminütiges Video, in dem ein junger Erfurter die Mitglieder der Ahmadyyia-Gemeinde als „Kanaken-schweine“ beschimpft und zur Brandstiftung an dem geplanten Moscheebau in Erfurt aufruft und wörtlich erklärt: „Wenn ihr in Erfurt wohnt, nehmt euch Öl und bisschen Benzin, geht da auf die Baustelle in der Nacht und brennt sie ab. Und wenn die Schweine wieder beginnen, sie zu bauen, dann brennt sie aufs Neue ab. Wir brennen dieses Dreckshaus ab.“



Transparent der Fraktionen der rot-rot-grünen Koalition zu einer AfD-Demonstration vor dem Landtag.

Es folgen weitere Aufrufe, mit Benzinanker, Feuer und Kapuze im Dunkeln vorzugehen, für den Fall, dass „ihr nicht wollt, dass hier im deutschen Erfurt, Erfurt eine der letzten wirklich kulturellen Städte hier, eine scheiss Mitscheiss-Moschee gebaut wird.“

„Die Grenzen des Erträglichen sind schon lange überschritten“

Dazu Astrid Rothe-Beinlich, religions- und migrationspolitische Sprecherin der Grünen: „Scheinbar animieren Höckes fremdenfeindliche Reden vom Erfurt, das schön deutsch bleiben soll, und einem Islam, der aus Deutschland verabschiedet werden müsse, auch dazu, dass sich andere

zu Hassattacken und zum Aufruf zu schweren Gewaltverbrechen legitimiert fühlen. Dieser Entwicklung gilt es einen Riegel vorzuschieben.“

Katharina König, Sprecherin für Antifaschismus der Linksfraktion: „Dass aus Brandreden schnell auch Brandsätze werden können, scheint die AfD bewusst einzukalkulieren. Dass nach ihren gemeinsamen Aufmärschen mit Neonazis am 18. Mai auf dem Erfurter Domplatz auch der Schulterchluss mit Pegida erfolgte und Redner Siegfried Däbritz auf der AfD-Bühne ankündigte, den Moscheebau in Erfurt-Marbach verhindern zu wollen, spricht Bände. Noch vor ein paar Monaten posierte er vor der jüdischen Synagoge in Dresden gemeinsam mit dem NPD-Bundesvorsitzenden. Auch die Sprache der Thüringer AfD von vermeintlich kulturfremden und fremdartigen Andersgläubigen ist entlarvend.“

Katharina König und Astrid Rothe-Beinlich haben am 19. Mai Anzeige bei der Kriminalpolizei und der Staatsanwaltschaft Erfurt wegen §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen), §126 StGB (Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten), §185 StGB Beleidigung und §130a Anleitung zu Straftaten erstattet.

„Die Grenzen des Erträglichen sind schon lange überschritten. Wenn aber das Recht auf Meinungsfreiheit zu widerlichen rassistischen Gewaltaufrufen missbraucht wird, ist jeder angehalten, aktiv zu werden und die Strafverfolgungsbehörden zu informieren“, so die Abgeordneten mit Blick auf weitere volksverhetzende und strafbare Beiträge zum Thema in den sozialen Netzwerken. ■

FRAKTION IN AKTION

DGB-Erklärung

„Mit der Erklärung der Thüringer DGB-Stadt- und Kreisverbände wird erneut deutlich, dass die Initiative 'Schlanker Staat' gescheitert ist“, so Rainer Kräuter, gewerkschaftspolitischer Sprecher der Linksfraktion. Leistungsfähige Kommunen, die immer mehr Aufgaben übertragen bekommen, müssen auch die notwendige finanzielle Ausstattung erhalten. Hier sei vor allem auch die Bundespolitik gefragt, sagte der Abgeordnete und unterstützte die DGB-Forderung nach Einführung einer Vermögenssteuer, einer echten Erbschaftssteuer und einer Transaktionssteuer. Letztlich würden davon auch die Kommunen profitieren. „DIE LINKE legt dazu seit Jahren Konzepte vor. Doch die Bundesregierung ist unwillig, ihren Lobbyisten zuwider zu handeln.“ ■

Erhalt des Leibniz-Instituts für Gemüse- und Zierpflanzenbau

Für den Erhalt des Leibniz-Instituts für Gemüse- und Zierpflanzenbau (IGZ) engagieren sich Karola Stange, und Christian Schaft: „Das Institut leistet hervorragende Arbeit in der praxisnahen Grundlagenforschung. Wichtige Zukunftsfragen sollten noch dieses Jahr angegangen werden, geplante Investitionen und Kooperationen sind nun gefährdet. Wir appellieren eindringlich an die Verantwortlichen von Bund und Ländern, das Leibniz-Institut mit beiden Standorten Erfurt und Großbeeren zu sichern.“ Auch die Thüringer Landwirtschaftsministerin Birgit Keller (LINKE) hatte sich gegen die Schließung des Instituts ausgesprochen: „Die Gemüse- und Zierpflanzenforschung hat oft genug bewiesen, dass sie einen festen Platz in der Gartenbaustadt in Erfurt verdient hat.“ Die Mini-



Karola Stange, Stadträtin der LINKE und direkt gewählte Erfurter Landtagsabgeordnete, und Christian Schaft, Wissenschaftspolitiker der Linksfraktion, im Gespräch mit Prof. Philipp Franken, Leiter des Leibniz-Instituts für Gemüse- und Zierpflanzenbau (IGZ) in Erfurt.

sterin betonte zudem die Signalwirkung, die eine Schließung der renommierten Einrichtung mit sich bringen würde. Gerade in der baldigen BUGA-Stadt wäre das ein schlechtes Zei-

chen. Thüringen setzt sich im Ausschuss der Gemeinsamen Wissenschaftsministerkonferenz für die Sicherung des Erfurter Institutsstandorts ein. ■

Perspektiven für Langzeitarbeitslose

Beim sehr gut besuchten Fachgespräch der Koalitionsfraktionen am 24. Mai im Landtag in Erfurt ging es um die Umsetzung der „Thüringer Initiative gegen Langzeitarbeitslosigkeit“ und des Programmes „Arbeit für Thüringen“. Die arbeitsmarktpolitischen Sprecherinnen Ina Leukefeld (LINKE), Diana Lehmann (SPD) und Babet Pfefferlein (Bündnis 90/Die Grünen) konnten gemeinsam über 60 interessierte Teilnehmerinnen und Teilnehmer begrüßen, so von der Gesellschaft für Arbeits- und Wirtschaftsförderung des Freistaates Thüringen (GfAW), den Jobcentern, des Runden Tisches der sozialen Verantwortung oder der LAG Arbeit.

Zwar ist die Zahl der Menschen in Thüringen, die langzeitarbeitslos sind, in den vergangenen zehn Jahren von 80.000 auf jetzt 30.000 zurückgegangen, aber, so die Vertreterin der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit, es gebe seit geraumer Zeit eine „Stagnation im Abbau“. Daher war es für die rot-rot-grüne Landesregierung von Anfang an ein wichtiges Anliegen, „Langzeitarbeitslosen und Menschen mit mehreren Vermittlungshemmnissen aktiv Möglichkeiten der Teilhabe am Erwerbsleben“ zu erschließen, wie es im Koalitionsvertrag heißt. Dabei gehe es, wie die Abgeordneten der drei Fraktionen betonten, um „eine umfassende Arbeitsmarktpolitik, die sowohl für gute Arbeitsbedingungen und gute Löhne sorgt als auch die individuelle Unterstützung Erwerbsloser bei der Integration in den Arbeitsmarkt realisiert“.

Zunächst berichtete die Staatssekretärin des Thüringer Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie, Ines Feierabend (LINKE), detailliert über den aktuellen Umsetzungsstand der Arbeitsmarktprogramme. So sind bis 30. April 5,92 Millionen Euro an Landesmitteln im Landesprogramm „Arbeit für Thüringen“ (LAT) bewilligt worden. Das Programm dient der Finanzierung von Konzepten zur Beschäftigungsförderung

sowie zur beruflichen Integration von benachteiligten Zielgruppen der Arbeitsmarktpolitik. Darunter befinden sich 27 Projekte zur sozialen und beruflichen Integration von geflüchteten Menschen und Migranten. In den bewilligten Förderzeiträumen, die sich zum Teil bis Mitte und Ende

der Richtlinien annehmen. Mit Blick auf die Kritik an den langen Antragszeiten wurde um Verständnis und Geduld geworben. Dazu die SPD-Abgeordnete Diana Lehmann: „Wichtig bleibt, auch im nächsten Schritt, dass alle an der Umsetzung der Programme Beteiligten auf Augenhöhe miteinander handeln.“ Dabei stehe das gemeinsame Ziel im Vordergrund, dass Menschen, die über Jahre keine Perspektive hatten, in Arbeit kommen und auf dem Weg in den ersten Arbeitsmarkt unterstützt werden.

„In der Kommunikation über die aufgelegten Programme wollen wir noch mehr auf Transparenz achten und bei ihrer Umsetzung auch die Einsatzorte und Projekte besuchen“, kündigte für die Abgeordneten der Koalition die grüne Arbeitsmarktpolitikerin Babet Pfefferlein an.



2018 ausdehnen, können so rund 4.000 Teilnehmer erreicht werden. Beim Programm „Öffentlich geförderte Beschäftigung und gemeinwohlorientierte Arbeit“ gibt es zum Stand 17. Mai nunmehr 322 Beschäftigungsverhältnisse. In diesem Thüringer Programm zeichnet sich eine große Nachfrage ab. Bis zu 1.000 Beschäftigungsverhältnisse sollen in diesem und im nächsten Jahr geschaffen werden.

„Rot-Rot-Grün redet nicht nur, sondern wir liefern“

Ina Leukefeld betonte: „Rot-Rot-Grün redet nicht nur, sondern wir liefern.“ Dabei sei es wichtig, dass gerade den älteren Langzeitarbeitslosen der Übergang in die Rente erleichtert werden muss. „Die Koalition wird an ihrer Forderung festhalten und künf-

KURZ UND PRÄGNANT

Flüchtlingskinder:

Als „vollkommen unzureichend“ hat MdL Torsten Wolf den CDU-Antrag zum Schulbesuch von Flüchtlingskindern bezeichnet. „Die CDU ignoriert die guten Erfahrungen der Schulen mit der frühzeitigen Integration in den normalen Unterricht und will mit Vorschaltklassen, in denen Werte der christlich-jüdischen Kultur sowie Rechts- und Verfassungsnormen vermittelt werden sollen, die Integration erschweren“, so der LINKE-Bildungspolitiker.

Bahnverkehr:

Die millionenschwere Förderung des Kaufs von Elektroautos hat Dr. Gudrun Lukin, Verkehrspolitikerin der Linksfraktion, kritisiert. Notwendig sei viel mehr, „die Elektrifizierung von Bahnlinien voranzutreiben und die Sanierung des Streckennetzes zu fördern, wie bei der Mitte-Deutschland-Verbindung zwischen Weimar-Jena-Gera bis Chemnitz und der Strecke Gotha-Leinefelde.“

Straßenausbaubeiträge:

Gemeinden sollen selbst entscheiden dürfen, ob sie für Investitionsmaßnahmen, die vor dem 1. Januar 2000 beendet wurden, Straßenausbaubeiträge erheben oder nicht. Dies sieht der jüngste Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Thüringer Kommunalabgabengesetzes vor.

Gipfeltreffen:

Das 18. Gipfeltreffen auf dem Schneekopf am 2. Juli wird vom Präsidenten des Thüringer Gebirgs- und Wandervereins, dem LINKE-Abgeordneten Knut Korschewsky eröffnet.

www.die-linke-thl.de/presse/pressemitteilungen/

NACHRICHTEN

Energiewende

Mit Blick auf die Verhandlungen zum Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) und die Aktionen zur Rettung der Energiewende in Thüringen, erklärte Steffen Harzer: „Die Bauern und Betreiber von Biogasanlagen in Thüringen haben erneut deutliche Zeichen für die Energiewende gesetzt und ihr nachhaltiges Wirtschaften zugunsten der Umwelt unterstrichen.“ Dabei sei es aber nicht nur um die Biogasbranche gegangen, der Protest und die Forderungen gegenüber der Bundesregierung werden ebenso von den in der Photovoltaik und der Windenergie Engagierten getragen. Bereits heute seien viele Biogasanlagen nicht mehr rentabel. Ihr Aus bedeute den Wegfall von 40 Prozent des in Thüringen aus erneuerbaren Quellen hergestellten Stroms. Als bigott bezeichnete der LINKE-Pol-



tiker die CDU-Fraktion, die sich den im Landtag beschlossenen Forderungen an die Bundesregierung nicht angeschlossen hat, aber beim Aktionstag an der Seite der Anlagenbetreiber stand. „Wenn man die Energiewende will, dann muss man auch aktiv dafür eintreten und nicht nur in Schönwetterreden so tun, als sei man an der Seite der Betroffenen.“

ZDF-Fernsehrat

Der Landtag wählte am 20. Mai den LSVD Landesverband Thüringen e.V. für den ZDF-Fernsehrat. „Endlich ist gelungen, eine Vertreterin der Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transsexuellen und Intersexuellen (LSBTTIQ) in den Fernsehrat zu entsenden. Dies ist ein großer Verhandlungserfolg der rot-rot-grünen Landesregierung“, so die medienpolitischen Sprecher der Koalitionsfraktionen André Blechschmidt (LINKE), Werner Pidde (SPD) und Madeleine Henfling (Grüne). Der Bundesverband der Lesben und Schwulen erklärte, das habe Vorbildfunktion für die Gremien aller öffentlich-rechtlichen Medien. Der Thüringer Verband werde seine langjährige Vorstandsfrau Jenny Renner für den ZDF Fernsehrat nominieren.

TERMINE

Landtagssitzungen:

Die letzten Plenarsitzungen des Thüringer Landtags vor der parlamentarischen Sommerpause finden in der Zeit von Mittwoch, den 22. Juni, bis Freitag, den 24. Juni, statt. Nach den Thüringer Sommerferien kommt der Landtag vom 31. August bis 2. September wieder zusammen.

Bei Interesse an Teilnahme an einer der Landtagssitzungen in Erfurt bitte rechtzeitig in der Geschäftsstelle der Fraktion DIE LINKE melden (Tel. 0361 3772295).

Immer auf dem Laufenden im Internet unter:

www.die-linke-thl.de

Spendenübergabe am Hafen und im Camp

Zu den zahlreichen Spenden, die der Verein der LINKE-Landtagsabgeordneten Alternative 54 e.V. in den letzten Wochen übergeben hat, gehörte beispielsweise die für die Erfurter Initiative „Markt der Möglichkeiten“. Fraktionsvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow, fand, „das war 'ne Super Kiste“, das ehrenamtlich organisierte Angebot für die jungen Flüchtlinge am 22. Mai auf dem Gelände des Zughafens am Erfurter Güterbahnhof (Foto I.).

der Jugendbibliothek, wie der Name bereits sagt, Bücher ausgeliehen werden, im Bestand sind über 10.000, die selbstverständlich kostenlos zur Verfügung stehen. Bereits seit mehreren Jahren unterstützt die Jugendbibliothek sowohl die Vorbereitung als auch die Durchführung des Pfingstcamps im Waldseebad Königsee. Es versteht sich als direkter Nachfolger des linken Pfingstcamps in Brückla, auf dem damaligen Hof der ehemaligen Landtagsabgeordneten Heidrun Sedlacik.

Pfingstcamp in Königsee-Rottenbach findet 2018 statt.

Der Verein der LINKE-Landtagsabgeordneten Alternative 54 Erfurt e.V. gibt seit seiner Gründung 1995 Gelder aus den Diäten-Erhöhungen, die von den Parlamentariern in eine Fonds eingezahlt werden, als Spenden an soziale, kulturelle und andere Vereine und ehrenamtliche Initiativen, darunter auch immer wieder Jugendprojekte, weiter. Seit der Gründung der Alternative verteilen die Abgeordneten der PDS und später



Beim Pfingstcamp in Königsee-Rottenbach hatte die LINKE-Landtagsabgeordnete Kati Engel der Jugendbibliothek Gera e. V. eine Spende der Alternative 54 übergeben. Über den ehrenamtlich betriebenen Jugendclub werden zahlreiche Freizeitaktivitäten angeboten, wie Fußball, Schach oder Filmabende. Zudem können in

Schwerpunkt des diesjährigen Pfingstcamps war der Themenkomplex Antimilitarismus und Frieden sowie Flucht und Vertreibung.

Daneben fanden auch zahlreiche Workshops, Vorträge und Podiumsdiskussionen zu weiteren politischen Themen statt sowie Konzerte und Filmvorführungen. Das nächste



der Partei DIE LINKE auf diese Art und Weise bereits mehr als 1.083.000 Euro, Stand April 2016. Von Januar bis April diesen Jahres waren es exakt 15.650 Euro.

Foto (r.): Kati Engel und Florian Bendsdorf auf dem Pfingstcamp in Königsee

Zahlen zur Thüringer Kita-Finanzierung

Rund 88.000 Kinder besuchen Kindertagesstätten in Thüringen. Die Kosten von rund 656 Millionen Euro - ein Platz kostet durchschnittlich 7.450 Euro - teilen sich Eltern, Kommunen und das Land.

1. Das Land zahlt 211,5 Millionen Euro besondere Finanzzuweisungen zweckgebunden pro besetztem Platz für die Ein- bis Dreijährigen (Erhöhung von 270 auf 290 Euro pro Monat). Für Kinder zwischen drei und sechs Jahren erfolgt die Auszahlung pro gemeldetem Kind an die Wohnsitzgemeinde (erhöht von 130 auf 140 Euro pro Monat).

2. Weitere 107 Millionen Euro werden steuerkraftabhängig über die Schlüsselzuweisungen (allgemeine Finanzzuweisungen) gezahlt. Dabei kommt zusätzlich zur Wirkung, dass Kinder unter sechs Jahren als 6,7 Einwohner (bisher 4,5 Einwohner) bei der Bedarfsermittlung angerechnet werden. Dies entspricht einem rechnerischen Betrag von rund 3.060 Euro im Jahr.

3. Hinzu kommen noch rund 17 Mio. Euro Investitionspauschale für den Kita-Bereich (1.000 Euro pro Neugeborenes). Diese Pauschale

kann für Investitionen in kinderorientierte Infrastruktur (Kita-Einrichtungen, Spielplätze etc.) eingesetzt werden. Die Gelder können bei Erfordernis auch zur Deckung laufender Betriebskosten in Kita-Einrichtungen verwendet werden. Insgesamt zahlt also das Land rund 318 Mio. Euro.

4. Die Elternbeiträge summieren sich auf fast 92 Mio. Euro. Das sind rund 1.045 Euro pro Platz und Kind im Jahr. Die Eltern tragen somit rund 14 Prozent der Gesamtkosten. Jedoch muss dabei berücksichtigt werden, dass rund 17 Mio. Euro an Elternbeiträgen von den Jugendämtern getragen werden müssen.

5. Die Kommunen finanzieren die Kindertagesstätten mit rund 245 Mio. Euro. Unter Berücksichtigung der 17 Mio. Euro Übernahme der Elternbeiträge durch die Jugendämter beträgt die kommunale Kostenbeteiligung 262 Mio. Euro.

Dieser Anteil ist Bestandteil des sogenannten Thüringer Partnerschaftsmodells als Grundlage des kommunalen Finanzausgleichs. Bei diesem Modell werden die Steuereinnahmen des Landes und der Kommunen sowie der Aufgabenkatalog des Landes und der Kommunen ins Verhältnis ge-

setzt (erstmalig im Finanzausgleichsjahr 2013) und partnerschaftlich fortgeschrieben (Berücksichtigung der jeweiligen Veränderungen).

6. Bei Gastkindern kann die Kita-Gemeinde der Wohnsitzgemeinde die tatsächlichen Kosten zu 80 Prozent berechnen (bis 2015 lag dieser Verrechnungssatz bei 70 Prozent). Die verbleibenden 20 Prozent werden weitgehend durch die Elternbeiträge „abgedeckt“.

MdL Torsten Wolf
MdL Frank Kuschel

Nebenbei Notiert

von Stefan Wogawa

Ermittlungen gegen Petry

Nun hat die Staatsanwaltschaft Dresden doch beim Präsidenten des Sächsischen Landtags die Aufnahme von Ermittlungen gegen Frauke Petry, Bundesvorsitzende der AfD und Landtagsabgeordnete in Sachsen, beantragt. Vorwurf: Verdacht auf Meineid und unethische Falschaussage - Petry habe in einer Sitzung des Wahlsprüfungsausschusses des Landtags bei einer Zeugenaussage unter Eid falsch ausgesagt. Es liegen zwei Anzeigen vor.

Dubios: die Staatsanwaltschaft hatte sich zunächst gegen Ermittlungen entschieden. Es ist die Staatsanwaltschaft, der das Bündnis „Dresden nazifrei“ politische Willkür vorgeworfen hat und die wegen der massenhaften Erhebung von Handydaten während Demonstrationen („Funkzellenabfrage“) in der Kritik steht.

Ihre ursprüngliche Begründung, nicht gegen Petry zu ermitteln, klingt abenteuerlich: der Wahlsprüfungsausschuss des Sächsischen Landtags sei „keine zur Abnahme von Eiden zuständige Stelle“. Doch in Paragraph 8, Absatz 2 des Sächsischen Wahlsprüfungsgesetzes heißt es: „Geladene Zeugen und Sachverständige sind erforderlichenfalls zu hören und, falls der Wahlsprüfungsausschuss dies für geboten hält, zu vereidigen.“ Die Generalstaatsanwaltschaft griff ein, die Staatsanwaltschaft Dresden musste quasi nachsitzen und erneut „prüfen“.

Der sächsische Landtagspräsident Matthias Röbler (CDU) macht von seinem Widerspruchsrecht keinen Gebrauch. Damit kann die Staatsanwaltschaft 48 Stunden nach Bestätigung des Eingangs ihres Schreibens beim Landtagspräsidenten ein Ermittlungsverfahren einleiten. Ein förmlicher Beschluss zur Aufhebung der Immunität ist erst nötig, wenn Anklage gegen Petry erhoben wird. In Thüringen war die Immunität mehrerer Abgeordneter der AfD, selbsternannte Partei der Saubermänner und -frauen, aufgehoben worden.

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:
DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:
Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Dr. Stefan Wogawa
Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2416
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.